Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6903**
16. Wahlperiode 02. 11. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 122. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 7. November 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft ein Bericht des „DER SPIEGEL“ (Nr. 42, 15. Oktober 2007) zu, wonach bereits im Jahr 2004 eine vorzeitige Haftentlassung von Kazem Darabi von der Bundesregierung zugesagt wurde, wenn im Gegenzug durch die Regierung der Islamischen Republik Iran oder die Hisbollah Informationen über das Schicksal des 1986 im Libanon verschollenen israelischen Piloten Ron Arad mitgeteilt würden?

2. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entspricht es den Tatsachen, dass der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert die Bundesregierung anlässlich des Beschlusses zur vorzeitigen Haftentlassung Kazem Darabis im Jahr 2007 ersucht hat, im Gegenzug von der Regierung der Islamischen Republik Iran oder der Hisbollah Informationen über das Schicksal Ron Arads zu fordern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 24. Oktober 2007 (Aktenzeichen 6 C 9.07), demzufolge nach heutiger Rechtslage Wehrpflichtige während einer Berufsausbildung im so genannten Dualen Studium nicht mehr vom Grundwehrdienst zurückgestellt werden müssen, nun gemäß dem Änderungsverlangen des Bundesrates vom 11. Mai 2007 zu ihrem Entwurf eines Wehrrechtsänderungsgesetzes (Bundesratsdrucksache 226/07) sowie gemäß dem einhelligen Votum der Bildungspolitiker auch der Koalitionsfraktionen nun eine ausdrückliche gesetzliche Gleichbehandlung der dual Auszubildenden mit anderen Auszubildenden anstreben, und wird die Bundesregierung schon in ihrer Gegenäußerung zu dieser Stellungnahme des Bundesrates verdeutlichen, dass sie der ohne Gesetzesänderung drohenden Unterbrechung, weiteren Erschwerung und Attraktivitätsminderung eines Dualen Studiums sowie Verzögerung des Arbeitsmarktzugangs dieser Fachkräfte nachdrücklich entgegentreten wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

4. Abgeordnete
Marieluise Beck (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die späte Einladung und Beschränkung auf 70 Wahlbeobachter der OSZE durch die russische Wahlkommission zu den Parlamentswahlen am 2. Dezember 2007, und welche Initiativen unternimmt die Bundesregierung, um die Aushebelung der in der Charter for Security (Istanbul 1999) festgeschriebenen Verpflichtungen zur uneingeschränkten Wahlbeobachtung zu verhindern und die Position des für Wahlbeobachtungen zuständigen Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) zu stärken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

5. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Sachstand bei der Gründung der Partnerschaften Deutschland Gesellschaft AG (PDG AG), und mit welchem Instrumentarium soll die Objektivität der Prüfung konkreter ÖPP-Projekte in Sachen Wirtschaftlichkeit durch die PDG AG sichergestellt werden?

6. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Folgen für die zahlreichen steuerlichen Querverbünde in der Trägerschaft kommunaler Gebietskörperschaften sind aus Sicht der Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesfinanzhofes vom 22. August 2007 (IR 32/06) zu erwarten, wonach die Übernahme von Dauerverlusten einer selbständigen Tochtergesellschaft im Rahmen einer kommunalen Holding steuerlich als eine verdeckte Gewinnausschüttung an die Trägerkommune zu behandeln ist, und welche Maßnahmen – beispielsweise einen Nichtanwendungs-Erlass oder eine Gesetzesinitiative – plant die Bundesregierung in der Reaktion auf das oben genannte Urteil zur Sicherung des Fortbestandes steuerlicher Querverbünde?

7. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchem Modell will die Regierung Kostenneutralität bei der Neuregelung der Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer herstellen?

8. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Arbeitnehmer-Pauschbetrag von derzeit 920 Euro ein wichtiger Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts und zum Bürokratieabbau ist, und teilt die Regierung die Auffassung, dass vor einer Absenkung des Pauschbetrages der Nomenkontrollrat diese zusätzlichen bürokratischen Lasten für Bürgerinnen und Bürger, kleine und mittlere Unternehmen und für die Finanzämter bewerten müsste?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

9. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Arbeitsplätze entstehen nach Schätzung der Bundesregierung durch den Einsatz von 50 Mio. Euro im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, und warum will die Bundesregierung die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur 2008 um 50 Mio. Euro senken?

10. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

In welcher Höhe wurden bisher öffentliche Finanzmittel von EU, Bundesregierung und Bundesländern zur Schließung von Breitbandlücken in Deutschland eingesetzt, und in welcher Höhe sollen Fördermittel für dieses Ziel jährlich bis 2013 eingesetzt werden?

11. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum weigert sich die Bundesregierung, die Akten über Planung und Bau der Erdgaspipeline durch die Ostsee sowie die Unterlagen der Kreditbürgschaft des Bundes öffentlich zugänglich zu machen („Akten zu Pipeline bleiben geheim“, Stuttgarter Zeitung vom 12. Oktober 2007)?

12. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung die Konsequenzen des deutsch-russischen Projekts für die Beziehungen zu den Ostseeanrainern und EU-Mitgliedern Polen, Estland und Lettland vor dem Hintergrund der erheblichen Bedenken hinsichtlich der ökologischen Verträglichkeit und besonders auf polnischer Seite hinsichtlich der gesicherten Energieversorgung ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

13. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wann wird die Bundesregierung auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ den seit vielen Monaten stehenden Eintrag: „In Kürze finden Sie hier ausführliche Informationen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und zur Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ durch ausführliche Informationen ersetzen?

14. Abgeordnete **Elke Reinke** (DIE LINKE.)

Welche weiteren Freiwilligendienste sind neben den Jugendfreiwilligendiensten wie das Freiwillige Soziale Jahr/der Freiwillige Soziale Dienst oder das Freiwillige ökologische Jahr/der Freiwillige ökologische Dienst, welche beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt sind, und dem entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „weltwärts“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den anderen Ministerien in Planung, und wie sollen diese ausgestaltet sein?

15. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was sind nach Planung der Bundesregierung die Zeitpunkte für die Vorlage des neuen Gesetzentwurfs zur Novelle des Jugendschutzgesetzes und zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens, und teilt die Bundesregierung die von einem Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU geäußerte Auffassung (Süddeutsche Zeitung vom 17. Oktober 2007) bei der genannten Novelle mit Blick auf Gewaltvideos und so genannte Killerspiele „eine große Lösung“ anstreben zu wollen und damit in diesem Bereich über die Frage von Testkäufen hinaus vom bisherigen Entwurf abzuweichen?

16. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe veranschlagt die Bundesregierung die zu erwartenden Kosten für die von ihr geplante Einführung eines Betreuungsgeldes, welche laut aktuellen Presseberichten im Gesetzentwurf zum Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige enthalten ist?

17. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, die Tatsache, dass laut Presseberichten im Gesetzentwurf zum Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige ein Passus zur Einführung eines Betreuungsgeldes vorgesehen ist, obwohl sie selbst dieses Instrument unlängst noch als „bildungspolitische Katastrophe“ bewertet hat?

18. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was folgt rechtlich und politisch aus der im Gesetzentwurf vorgesehenen Formulierung zum Betreuungsgeld?

19. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Inwieweit gibt es hinsichtlich des Anteils derjenigen Kinder, die Kindertageseinrichtungen besuchen oder im Rahmen der Tagespflege betreut werden, Unterschiede zwischen denjenigen Bundesländern, in denen Landeserziehungsgeld gewährt wird, und solchen, die diese Leistung nicht vorsehen, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung hieraus?

20. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Wirtschaft in die Finanzierung der fehlenden Kitaplätze einzubeziehen, und wie hat die Wirtschaft auf ein solches Ansinnen reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

21. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Ergebnisse der nach Aussagen der Bayerischen Staatsregierung (Antwort auf eine schriftliche Anfrage auf Drucksache des Bayerischen Landtages 15/7339) für die erste Jahreshälfte 2007 geplanten erneuten Aktualisierung der Nutzen-Kosten-Untersuchungen (NKU) des Projekts 2. S-Bahn-Stammstrecke in München, die mit einem Bundeszuschuss von 799,98 Mio. Euro das größte Nahverkehrsprojekt in Deutschland darstellt und dessen Verkehrsbedeutung weit über München hinausreicht, liegen inzwischen vor, und welche Auswirkungen hat dieses Ergebnis auf die Förderfähigkeit des Projekts nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz?

22. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen von Politikern und Vertretern der Wirtschaft aus Ostbayern, die unmittelbare Anbindung der Bahn an den Flughafen München mit der sog. Marzlinger Spange zu realisieren, und wenn ja, in welchem zeitlichen Rahmen?

23. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)

Treffen Aussagen von Kommunalpolitikern aus der Umgebung des Flughafens München zu, die dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „unterstellen“, dass er den Bau der sog. Marzlinger Spange nicht für notwendig erachtet?

24. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung, wie in der „Frankfurter Allgemeinen“ Zeitung vom 29. Oktober 2007 berichtet, auf dem Flughafen München Langstreckenflüge durch die Übernahme von Treibstoffkosten direkt oder indirekt bezuschusst, und wenn ja, wie hoch sind diese Zuschüsse seit dem Jahr 2000?

25. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)

Welche Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, fördern Fluglinien mit Langstreckenangeboten, und auf welche Weise werden diese Fluglinien direkt oder indirekt bezuschusst?

26. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)

In welcher Höhe wurden bzw. werden die jährlichen Einnahmen aus der LKW-Maut in den jeweiligen Bundesländern für den Ausbau von Schienenwegen eingesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

27. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Handelt es sich bei dem kursierenden Arbeitsentwurf „Nationaler Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ vom Oktober 2007 (Arbeitsentwurf 5.4) um einen offiziellen Entwurf der Bundesregierung, der jetzt von den Verbänden und Nichtregierungsorganisationen diskutiert werden soll, oder welchen Status hat dieses Papier?

28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welchen Status hat das für den 23. November 2007 geplante abschließende Fachgespräch zum Entwurf des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus beim Deutschen Institut für Menschenrechte, und inwieweit sind angesichts des engen Zeitplans eine grundlegende Auseinandersetzung, Diskussion und Einflussnahme seitens der Nichtregierungsorganisationen mit bzw. auf den Entwurf überhaupt noch möglich, wenn der Nationale Aktionsplan bis spätestens 31. Dezember 2007 (Antwort auf die schriftlichen Fragen 19 und 20 der Abgeordneten Sevim Dağdelen auf Bundestagsdrucksache 16/6486) an die Vereinten Nationen übersandt werden soll?

29. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der am 30. Oktober 2007 im Rahmen einer Studie vorgestellten Kritik des Deutschen Instituts für Menschenrechte am Verhalten der EU-Staaten bei der Behandlung und Rettung von Bootsflüchtlingen an den südlichen EU-Außengrenzen?

30. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Stellenwert hat aus Sicht der Bundesregierung die Ausbildung des an den EU-Außengrenzen zur Grenzsicherung eingesetzten Polizeipersonals der EU-Mitgliedstaaten in Fragen des Schutzes von Menschen- und Flüchtlingsrechten?

31. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie entsprachen die Bundesregierung bzw. nachgeordnete Behörden einer Anfrage von US-amerikanischen Behörden aus dem ersten Halbjahr 2002, anhand einer mitgesandten Datensammlung mit ca. 200 Namen und Fingerabdrücken von Guantánamo-Häftlingen zu überprüfen, ob Erkenntnisse zu diesen Personen bei deutschen Behörden vorliegen, und zu wie vielen Personen dieser Liste sind Erkenntnisse an US-amerikanische Behörden übermittelt worden?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333